

# QUARTALSBERICHT

**Projektland: Chile**

**Quartal/Jahr: IV/2011**

## Schlagzeilen

**Chile ist innerhalb Lateinamerikas das Land mit der am besten entwickelten Demokratie, wie aus dem Índice de Desarrollo Democrático en América Latina (IDD-LAT) 2011 hervorgeht.**

**Eine wesentliche Änderung wird das Jahr 2012 für das chilenische Wahlsystem mit sich bringen: Im Dezember stimmte das Parlament zu, zukünftig alle Wahlberechtigten automatisch in das Wählerverzeichnis eintragen zu lassen und die Wahlpflicht abzuschaffen.**

**In der letzten Woche des Jahres erfolgte die dritte Kabinettsumbildung der Regierung Piñeras.**

## Innenpolitik

Geht es um demokratische Institutionen wie Parlamente, um effizientes Regierungshandeln, die Wahrnehmung von Bürgerrechten und die politische Partizipation der Bevölkerung, dann sind Chile gefolgt von Uruguay und Costa Rica die fortschrittlichsten Staaten von Lateinamerika. Zu diesem Ergebnis kommt die IDD-LAT-Studie 2011 (Índice de Desarrollo Democrático de América Latina).

Perú, Panamá, Argentinien, Mexiko und Brasilien bilden in der Rangliste das Mittelfeld, während der anderen Hälfte der lateinamerikanischen Staaten nur noch eine niedrige bis sehr geringe Entwicklung demokratischer Funktionsweise bescheinigt wird.

Gute Nachrichten also für Chile, was sogar noch deutlicher wird beim Blick auf die Zehnjahresbilanz. Bis auf zwei Ausnahmen hat Chile im besagten Politik-Ranking immer den ersten Platz belegt. Die Autoren der Studie kommen somit zu dem Schluss, dass sich das

Land seit dem Ende der Militärherrschaft im Jahre 1989 zu den demokratisch am konsolidiertesten Ländern der Region gemausert hat.

Die politische Stabilität schaffe eine hervorragende Basis für die wirtschaftliche Entwicklung, deutlich sichtbar an dem Eintritt Chiles in den OECD-Club als einziges südamerikanisches Land. Chiles Weg habe daher Modellcharakter für andere Länder.

Doch nicht alles ist eitel Sonnenschein. Paradoxerweise seien ökonomische Wachstumsraten und eine gefestigte Demokratie in Chile nicht einher gegangen mit der Akzeptanz der politischen Klasse.

Zahlreiche Demonstrationen zu unterschiedlichsten Themen seit Ende 2010 würden vielmehr offenbaren, dass die Bürger immer größere Forderungen stellen, auf die Parteien und Staat bisher keine zufrieden stellenden Antworten gefunden hätten.

Viele Bürger fühlen sich von Wohlstand und Demokratie ausgeschlossen. Laut der letzten Umfrage von Adimark lehnen 60 Prozent der Befragten das liberale Wirtschaftsmodell Chiles aufgrund der bestehenden sozialen Ungleichheit ab; und gar 70 Prozent missbilligen Regierung, Parlament sowie die Parteienbündnisse „Concertación“ und „Alianza por Chile“. Laut Roberto Méndez, Direktor von Adimark, sei eine tiefgreifende politische Reform notwendig, um die Legitimität der repräsentativen Demokratie wieder herzustellen.

In diesem Zusammenhang kündigte Präsident Piñera an, dass 2012 das Jahr der politischen Reformen sein soll. Gemeint sind die Änderung des binominalen Wahlsystems, die Einführung von Vorwahlen innerhalb der Parteien, bzw. Parteienbündnisse für die Auswahl der Kandidaten und die Möglichkeit, dass Chilenen auch im Ausland wählen dürfen.

Der erste Schritt ist jedoch bereits Ende 2011 getan worden. Wie schon vorher die Abgeordnetenkammer beschloss im Dezember auch der Senat, zukünftig alle Wahlberechtigten automatisch in das Wählerverzeichnis eintragen und im Gegenzug den Urnengang selbst auf freiwilliger Basis erfolgen zu lassen. Bisher waren eingetragene Bürger verpflichtet, von ihrem demokratischen Grundrecht auch Gebrauch zu machen. Wer verhindert war oder gar nicht wollte, musste bei der Polizei eine Erklärung abgeben, um somit einer Geldbuße zu entgehen. Das schreckte offenbar viele Bürger ab, sich überhaupt ins Wahlverzeichnis einzuschreiben.

Chiles Wahlsystem hat somit zu einem verzerrten Abbild der Wirklichkeit geführt: Rund 17 Millionen Einwohner zählt das Land, etwas mehr als 12,2 Millionen gelten als wahlberechtigt, doch gerade einmal 8,1 Millionen sind im Wählerverzeichnis registriert.

Während beim Plebiszit über eine weitere Amtszeit Pinochets 1988 noch 90 Prozent der Wahlberechtigten eingeschrieben waren, sank dieser Anteil im Laufe der Jahre, bis er bei der letzten Präsidentschaftswahl 2009 bei 69 Prozent lag. Bei einer Untersuchung der eingeschriebenen Wähler nach Lebensjahr ist zu erkennen, dass die Abnahme vor allem auf die Jüngeren zurückzuführen ist. Der Anteil der eingeschriebenen 18- und 19jährigen lag bei den ersten Präsidentschaftswahlen nach der Militärregierung noch bei 45 Prozent und ist auf einen Anteil von 15 Prozent bei den Wahlen 2009 gesunken, bei den 20 bis 24jährigen ist sogar ein Einbruch von 93 Prozent auf 20 Prozent zu verzeichnen.

Der Anteil der 18- bis 29-Jährigen in den Wählerlisten beträgt nur 7,4 Prozent. Eine exorbitante Unterrepräsentierung dieser Altersgruppe, die immerhin fast 30 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht.

Mit der automatischen Einschreibung wird das chilenische Wählerverzeichnis um mehr als 50 Prozent wachsen und schon bei der nächsten Kommunalwahl am 28. Oktober 2012 mehr als zwölf statt bisher acht Millionen Bürger zur Stimmabgabe aufgefordert sein.

Die Reform sieht jedoch zusätzlich die Abschaffung der Wahlpflicht vor, so dass eine tatsächliche Steigerung der Partizipation nicht gesichert ist. Ein Dutzend Senatoren der Opposition hatten sich gegen eine Abschaffung der Wahlpflicht ausgesprochen. Sie befürchten, dass mit der Freiwilligkeit die Lust zur Stimmabgabe rapide sinkt und forderten daher als Anreiz jedem Wähler bei Stimmabgabe einen freien Tag oder besseren Zugang zu Stipendien in Aussicht zu stellen. Die Mehrheit des Senats lehnte diesen Antrag allerdings ab, weil die Freiwilligkeit nicht an ein Belohnungssystem gekoppelt sein dürfte.

Die Erfahrung aus den 34 Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigt hingegen, dass je nach Wahl und Wahlthemen die Beteiligung zukünftig stark variieren wird. Die Mehrheit der OECD-Staaten weist eine automatische Einschreibung ins Wählerverzeichnis auf und 80 Prozent setzen auf freiwillige Stimmabgabe.

Experten glauben ohnehin, dass die wesentliche Neuerung der Reform nicht so sehr die Frage der Partizipation berührt, sondern viel mehr die Parteien dazu zwingen wird, bei zunehmendem Wählerpotenzial und wachsender Ungewissheit stärker auf die Interessen der Bürger einzugehen.

Allein im Großraum Santiago gilt es zwei Millionen weitere potenzielle Wähler für sich zu überzeugen. Bisherige Wahlkampfthemen wie Kriminalität und Gesundheit könnten zudem an Bedeutung verlieren. Vor allem jüngere Wählerschichten interessieren sich mehr für Politikbereiche wie Bildungswesen, Arbeit, Innovation und Umweltschutz.

---

Kurz vor Jahresende kündigte Präsident Piñera die dritte Kabinettsumbildung seiner Amtszeit.

Nach eigenen Aussagen traten der Bildungsminister Felipe Bulnes (Renovación Nacional – RN) und der Minister für Landwirtschaft und Fischerei José Antonio Galilea (RN) aus „persönlichen und privaten Gründen“ zurück.

Am 29. Dezember vereidigte Präsident Piñera die neuen Kabinettsmitglieder.

Das Amt des Bildungsministers wurde von Harald Beyer übernommen. Beyer gilt als Bildungsexperte und war bisher stellvertretender Geschäftsführer des renommierten Think Tanks „Centro de Estudios Públicos“ (CEP - Partner der Hanns-Seidel-Stiftung in den 80er-90er Jahren). Als Minister für Landwirtschaft und Fischerei wurde Luis Mayol ernannt. Mayol war bisher Vorsitzender des Landwirtschaftverbandes.

Auffällig ist der technokratische Charakter der neuen Minister. In den Kabinettsumbildungen von Januar und Juli 2011, stärkte Präsident Piñera andersrum das politische Gewicht des Kabinetts mit der Ernennung von erfahrenden Mitgliedern des Parlaments.

Jorge Sandrock

Der Autor ist Leiter der Vertretung/Ortskraft/Büroleiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Santiago, Chile

#### IMPRESSUM

Erstellt: 10.01.2012

Hanns-Seidel-Stiftung, Quartalsbericht, Projektland Chile, 4. Quartal/2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011  
Lazarettstr. 33, 80636 München  
Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.  
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf  
Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit  
Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359  
E-Mail: [iz@hss.de](mailto:iz@hss.de) | [www.hss.de](http://www.hss.de)